

Helmut Schmidt: Die Kanzlerjahre und das Ende der klassischen Industriegesellschaft

Ulrich Herbert

Helmut Schmidts Kanzlerjahre von 1974 bis 1982 waren durch vielerlei Herausforderungen und Krisen gekennzeichnet: der Umschwung von der Entspannungspolitik zum Zweiten Kalten Krieg im Zuge von Doppelbeschluss und Mittelstreckenraketen; die Herausforderung durch die ökologische Bewegung; der Terrorismus etwa sind hier zu nennen, oder auch die schwierigen Beziehungen zur DDR. Vor allem aber waren diese Jahre gekennzeichnet durch eine Weltwirtschafts- und Weltwährungskrise, wie man sie bis dahin nicht gekannt hatte, verbunden mit Energiekrisen und steigenden Arbeitslosenzahlen. Wirtschaft und Weltwirtschaft – das war Schmidts Metier, hier lag der Schwerpunkt seiner Kanzlerschaft; und hier liegt auch der Schwerpunkt dieses Vortrags.

Aber während Schmidt in anderen Bereichen große, oft glänzende Erfolge erzielen konnte, wird man das für den wirtschaftlichen Bereich so nicht sagen können – zu vielfältig die Probleme, zu gering die Einflussmöglichkeiten nationaler Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, zu uneindeutig auch, was man denn hier einen Erfolg nennen kann und was einen Misserfolg.

So soll in den folgenden etwa 45 Minuten der Weg wirtschafts- und ordnungspolitischer Konzepte und Entwicklungen unter Schmidts Ägide abgesprochen werden – von den späten 1960er bis in die frühen 1980er Jahre, in fünf Schritten: Voraussetzungen, Weltwirtschaft, Strukturkrise, Kanzlerdämmerung und Fazit. Eine Ode an den berühmten Jubilar ist es nicht geworden eher eine kritische Durchmusterung der Konstellationen und der Handlungsspielräume. Das schien mir dem Denkstil Schmidts auch eher angemessen, obwohl ich mir sicher bin, dass, wäre er hier, er mir anschließend ein paar eindeutige Sätze gesagt hätte, was ich 1) übersehen, b) falsch gesehen und wovon ich c) überhaupt keine Ahnung hätte.

I. Voraussetzungen

Die Abkehr von der marktliberalen Wirtschaftspolitik im Sinne Ludwig Erhards zu einer eher keynesianisch ausgerichteten Orientierung vollzog sich in den 1960er Jahren in der Bundesrepublik erstaunlich schnell. Dieser Wandel lag im Trend jenes Planungsoptimismus, der sich seit den frühen sechziger Jahren in den meisten westlichen Industriestaaten durchsetzte. Die Herausforderungen der modernen Industriegesellschaft, so die dem zugrunde liegende Annahme, könne man allein mit dem freien Spiel der Marktkräfte nicht meistern. Es müsse daher geplant werden, und zwar nach streng wissenschaftlichen Gesichtspunkten. Damit verbunden war die Gewissheit, dass es parallel zu den enormen Fortschritten der Naturwissenschaften und der Medizin auch im Bereich von Wirtschaft und

Gesellschaft gelingen werde, die großen Probleme wie konjunkturelle Krisen, Arbeitslosigkeit oder Inflation mit wissenschaftlichen Methoden zu lösen. Bereits jetzt, so hieß es in einem wirtschaftswissenschaftlichen Handbuch von 1967, verfüge man über Methoden, mithilfe derer man Krisen des Wirtschaftsorganismus ebenso zuverlässig bekämpfen könne wie Mediziner Infektionskrankheiten mithilfe des Penicillins.

Es war vor allem Karl Schiller, der sozialdemokratische Wirtschaftsminister der ersten Großen Koalition, der in der kurzen Rezession von 1967/68 mit einem ausgefeilten gesetzlichen Instrumentarium Wachstumsschwankungen durch antizyklisch eingesetzte Steuerung der Nachfrage verhindern und fortan ein gleichmäßiges, von Krisen nicht gestörtes Wirtschaftswachstum erreichen wollte.

Als die Konjunktur seit Ende 1967 wieder ansprang und in den Jahren 1968/69 mit 5,7 und 7,4 Prozent tatsächlich enorme Wachstumsraten erzielt wurden, schien die Probe aufs Exempel gemacht: Mithilfe von Globalsteuerung, mittelfristiger Finanzplanung, Konzertierter Aktion und den anderen Instrumenten aus dem Schillerschen Zauberkasten schien nicht nur die Rezession überwunden, sondern der Beweis erbracht worden zu sein, dass Wirtschaftskrisen mit modernen Methoden bekämpft, ja eliminiert werden konnten. Die sozialdemokratische Wirtschaftspolitik der vergangenen drei Jahre, schrieb Karl Schiller 1969, habe gezeigt, „was eine klar konzipierte und konsequente Wirtschaftspolitik zu leisten vermag: zurückgehende Arbeitslosenziffern, statt sinkender Einkommen steigende Einkommen... Wir haben deutlich gemacht: Wirtschaftliche Wirklichkeit kann durch Politik verändert werden.“ Marktwirtschaft sei steuerbar, Wachstum planbar.

Moderne Politik, so die hieraus zu ziehende Schlussfolgerung, war sie nur wissenschaftlich grundiert, konnte also die kapitalistischen Krisen, seit fast einhundert Jahren die Geißel der Industriegesellschaften, überwinden und damit Arbeitslosigkeit und Armut beseitigen! Diese Überzeugung verstärkte den Fortschrittsoptimismus der Jahre zuvor noch und prägte die Politik der folgenden Jahre nicht nur, aber vor allem im sozialdemokratischen Lager.

Das schlug sich besonders sinnfällig im Programm der ersten sozialliberalen Koalition unter Willy Brandt nieder, das von dem umfassenden Veränderungs- und Gestaltungswillen der neuen Regierung zeugte. Die hier entwickelte Vision einer innerhalb weniger Jahre grundlegend zu verbessernden Gesellschaft besaß ohne Zweifel große Anziehungs- und Motivationskraft, zumal die hemmenden Gegenkräfte einer krisenanfälligen Marktwirtschaft durch die als erwiesen angesehene Wirksamkeit der Schillerschen Globalsteuerung weggefallen schienen. Der Gestaltungsrahmen, so Schiller zukunftsgeraus, werde im kommenden Jahrzehnt immer zwischen 4 und 5 Prozent Wachstum liegen. In jedem Fall könne man davon ausgehen, dass in den nächsten zehn Jahren „das jährliche Volkseinkommen pro Kopf der Wohnbevölkerung um 50%–60% zunehmen“ wer-

de. Angesichts solcher Prognosen würde die Finanzierung auch kostspieliger Reformen offenbar keine Schwierigkeiten bereiten.

Diese Grundüberzeugung wurde von vielen geteilt, auch von Helmut Schmidt, der ansonsten im Kabinett keiner Gelegenheit aus dem Weg ging, sich mit Schiller, seinem früheren Professor, heftig und ausgiebig zu streiten. Auch eine extensive Ausdehnung der Sozialausgaben, so Schmidt auf dem SPD-Parteitag 1972, könne finanziell gestemmt werden, weil „in den nächsten 10, in den nächsten 20 Jahren sozialdemokratische Vollbeschäftigungspolitik betrieben wird und auch alle aktiven Arbeitnehmer Sozialversicherungsbeiträge zahlen wie auch die Arbeitgeber. Aber so wird es ja auch kommen.“

Das Jahr 1972 bezeichnete in vieler Hinsicht den Höhe- und Wendepunkt der sozialliberalen Erfolge und des damit verbundenen Fortschrittsoptimismus. Die Ostverträge und ein Großteil der inneren Reformen waren bereits durchgesetzt. Die Wirtschaft erreichte seit 1968 mit mehr als 4 Prozent Zuwachs enorme jährliche Wachstumsraten. Die Bundesrepublik, so der sich verfestigende Eindruck, war eine besonders erfolgreiche und moderne Gesellschaft geworden, die durch stetiges Wirtschaftswachstum und ein umfängliches Netz von Sozialleistungen eine einzigartige Verbindung von Dynamik und Sicherheit entwickelt hatte. So gingen Brandt und die SPD im Herbst 1972 mit der Parole, „Deutsche, wir können stolz sein auf unser Land!“ in den Bundestagswahlkampf. Das war wegen des nationalen Beigeschmacks nicht unumstritten. An die Stelle des tradierten Nationalismus trat hier das Konzept der *postnationalistischen* Identifikation mit der Bundesrepublik als einer „modernen“, und das bedeutete einer wirtschaftlich erfolgreichen, sozial gerechten und vorbildlich demokratischen Gesellschaft, welche die Lehren aus der Vergangenheit beherzigt hatte.

Vier Jahre später machte die SPD unter Helmut Schmidt die Parole vom „Modell Deutschland“ zu ihrem Wahlkampfmotto und stellte diesen Anspruch noch deutlicher heraus. Das in der Bundesrepublik entfaltete Ensemble aus Wirtschaftswachstum, Sozialpolitik, liberalen Rechtsreformen, kultureller Öffnung, ostpolitischem Ausgleich und europäischer Integration wurde vielmehr als schlüssige Antwort auf jene Probleme angesehen, die seit Beginn der Hochindustrialisierung Deutschland und die industrielle Welt erschüttert hatten. Darin lag die Perspektive des Slogans vom „Modell Deutschland“ und der in ihm enthaltenen Vision der Zukunft, und das galt nicht nur für die Bundesrepublik, wie Helmut Schmidt hervorhob: „Vieles in unserer gemeinsamen Aufbauleistung ist beispielhaft. Vielleicht sogar ein Modell für andere“. Sowohl die nationale wie die soziale Frage, die Auseinandersetzungen um die politische und die wirtschaftliche Verfassung, die kulturelle Orientierung und die äußeren Konflikte in Europa – hier schienen sie gelöst. Der jahrzehntelange Kampf um die richtige Ordnung der industriellen Welt – hier schien er entschieden.

II. Weltwirtschaft

Es dauerte nicht einmal ein Jahr, bis die fortschrittsgewisse Euphorie des Jahres 1972 sich in Zweifel und Krisenempfinden verwandelt hatte. Nach zwanzig Jahren Wachstum und Wohlstandsvermehrung begannen wie in allen westeuropäischen Staaten, so auch in der Bundesrepublik erstmals seit der Nachkriegszeit lang anhaltende wirtschaftliche Erschütterungen. Sie veränderten nicht nur die ökonomische und soziale Situation der Republik, sondern auch Kultur und Lebensgefühl, ja sogar den außenpolitischen Kurs des Landes. 1972 war Helmut Schmidt als Nachfolger Schillers Finanzminister geworden und sah sich bald einer Fülle von Aufgaben gegenüber, die die Vorstellung von der umfassenden politischen Steuerbarkeit der Wirtschaft rasch als Illusion erwiesen. Von einer aktiven, gar „wissenschaftlich geleiteten“ Lenkung der Nationalökonomie konnte keine Rede mehr sein. Vielmehr musste er mit kurzfristigem Krisenmanagement auf Entwicklungen reagieren, die er nicht hatte erwarten können und auf die es im Erfahrungsschatz der vorvergangenen achtzig Jahre auch keine Antworten gab.

Die Krise verbindet sich in der Erinnerung vor allem mit den Einschnitten der beiden „Ölkrise“ von 1973–1975 und 1980–1982. Aber tatsächlich handelte es sich um einen sich über etwa ein Jahrzehnt hinweg in mehreren Schüben vollziehenden krisenhaften Transformationsprozess mit vielfältigen Ursachen und Folgen, geprägt von innenpolitischen und binnenwirtschaftlichen Faktoren, aber viel mehr noch von der sich stetig verstärkenden wirtschaftlichen Verflechtung der Industrieländer, insbesondere in der Europäischen Gemeinschaft, vom Zusammenbruch des Weltwährungssystems, von der Energiepreiskrise und dem Hinzutreten neuer Akteure auf dem Weltmarkt.

Die Erfolge der westdeutschen Wirtschaft waren seit den fünfziger Jahren in stetig wachsendem Maße auf die Exporte, insbesondere die der Investitions- und Konsumgüterindustrie, zurückzuführen gewesen. Die starke internationale Verflechtung der westdeutschen Wirtschaft ging einher mit einem Bedeutungszuwachs der Bundesrepublik in der Weltwirtschaft. Das zeigte sich besonders im Verhältnis zu den USA, deren Handelsbilanzüberschüsse zurück gingen. 1971 wurde sogar erstmals ein Defizit verzeichnet, während die Bundesrepublik weiter hohe Überschüsse erzielte. Problematisch wurde diese Entwicklung aber erst dadurch, dass die Wechselkurse des Dollars und der DM ebenso wie die der anderen europäischen Staaten nicht vom Markt bestimmt wurden und sich den veränderten Wirtschaftsdaten anpassen konnten, sondern politisch festgelegt waren. Dadurch entstand aufgrund der unterschiedlichen Entwicklungen der Volkswirtschaften eine Schräglage zwischen Währungssystem und Wirtschaftsleistung, aus der eine Krise des Weltwährungssystems erwuchs.

Dieses 1944 im amerikanischen Bretton Woods vereinbarte System funktionierte allerdings nur, solange die US-amerikanische Wirtschaft stabil blieb. Nachdem die Amerikaner die Goldbindung des Dollar aufgegeben und das Bretton Woods-

System damit aufgegeben hatten, entstand eine neue, brisante Situation, für die es keine erprobten Rezepte gab und die zunächst zu gewaltigen Wellen der Währungsspekulation führte.

So beschlossen die Regierungschefs der Staaten der Europäischen Gemeinschaft im März 1973 den Ausstieg aus dem System fester Wechselkurse und den Übergang zum „Floating“, das heißt zur Bestimmung der Wechselkurse durch den Markt. Der Versuch, die europäischen Währungen in einem Wechselkursverbund („Währungsschlange“) aneinander zu binden, misslang aber, weil sich die wirtschaftliche Stärke der einzelnen europäischen Länder als zu unterschiedlich erwies.

Im zeitlich distanzierter Perspektive wird sichtbar, dass das Ende von Bretton Woods nicht nur Turbulenzen von Währungskrisen, sondern den Beginn eines Hegemoniewandels in der kapitalistischen Weltwirtschaft bedeutete – weg von der staatlichen Steuerung und hin zu größerer Autonomie des Marktgeschehens. Vor allem die internationalen Finanzmärkte wurden stärker von staatlichen Vorgaben abgelöst und entwickelten bald eine enorme, von der Politik bald kaum mehr zu bändigende Dynamik. Damit verbunden war eine Abkehr von der keynesianischen Theorie in der Finanzpolitik. Wirtschaftstheoretiker wie Milton Friedman und Friedrich August von Hayek kritisierten die staatliche Lenkung des Wirtschaftsgeschehens: Wirtschaftliche Dynamik müsse durch die Optimierung der Bedingungen für die Unternehmen hergestellt werden und nicht über die der Nachfrageseite, etwa durch höhere Löhne. Ebenso solle der Geldwert nicht durch staatliche Vorgaben stabilisiert werden, sondern durch die Kontrolle der Geldmenge durch unabhängige, allein dem Marktgeschehen und nicht den Regierungen verantwortliche Zentralbanken.

Auch die westdeutsche Bundesbank gewann nach der Freigabe der Wechselkurse einen viel größeren Handlungsspielraum und entwickelte sich in der Finanzpolitik mehr und mehr zu einem Faktor neben statt unter der Bundesregierung. Sie begann, mit Zustimmung Schmidts, nun mithilfe einer restriktiven Politik des knappen Geldes die importierte Inflation zu bekämpfen und zugleich die extensive Ausgabenpolitik der öffentlichen Hand zu begrenzen.

In diese ohnehin komplizierte Situation brach nun die erste Ölpreiskrise im Herbst 1973 herein, infolge derer sich der Ölpreis innerhalb eines Jahres vervierfachte. Wenn man bedenkt, dass die westeuropäischen Länder zwischen 60 und 80 Prozent ihrer Energie aus Erdöl bezogen, wird das Ausmaß der hier entstandenen Belastungen erkennbar. Währungsprobleme, Inflation und Ölpreiskrise überschritten und verstärkten sich wechselseitig zu einem Zeitpunkt, als die wirtschaftlichen Daten in Westeuropa ohnehin auf ein Ende der überdurchschnittlichen Wachstumsraten hindeuteten. Diese verschiedenen Einflussfaktoren waren es, die sich ab Ende 1973 zur jener ersten wirklich spürbaren Krise der westdeutschen Wirtschaft seit der Nachkriegszeit verdichteten. Von 1973 auf 1974 sank die Wachstumsrate von 4,7 auf null, im Jahr darauf auf minus 1,1 Prozent.

Von Beginn seiner Amtszeit als Finanzminister und nach Antritt als Bundeskanzler in noch verstärktem Maße erkannte Schmidt, dass die sich hieraus ergebenden Herausforderungen allesamt *nationalwirtschaftlich* nicht zu lösen waren. Nun waren die meisten seiner Genossen aus der sozialdemokratischen Führungsschicht, Willy Brandt an der Spitze, zwar politisch durchaus international ausgerichtet, wirtschaftspolitisch, vor allem weltwirtschaftspolitisch, aber eher Laien. Ihnen erklärte Schmidt 1974 in einem vertraulichen Papier die Lage so:

„Die Weltwirtschaft befindet sich in einer bisher in Friedenszeiten nie erlebten tiefgreifenden Inflationskrise, die von Verböten nationalstaatlich-egoistischer Eingriffe in den internationalen Handel und von rezessiven Erscheinungen begleitet ist. Der Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems war nur der Prolog des Dramas. Die Ölkrise war der Beginn des ersten Aktes; weitere Rohstoffkartelle könnten folgen. Der zweite Akt könnte von weitergehendem Rückfall in handelspolitischem Bilateralismus, von scheiternden Autarkieversuchen, von Stagnation oder gar Rückgang der Realeinkommen in den Industriestaaten und von zunehmendem Elend rohstoffarmer Entwicklungsländer gekennzeichnet sein. Bei einem solchen Verlauf würden in einem dritten Akt die demokratischen Strukturen in den Industriegesellschaften zerbrechen. Es ist dies keine apokalyptische Vision, sondern eine reale Möglichkeit der Weltwirtschaft.“ „Wir müssen uns heute“, betonte er kurz darauf, „anders als früher, nicht nur um unsere eigenen Nachbarn auf dem europäischen Kontinent kümmern und um unser Verhältnis zu ihnen, sondern wir leben heute im eigentlichen Sinne des Wortes, das sich von Universum ableitet, in einem universalen System wechselseitiger Abhängigkeiten der Nationen, totaler Interdependenz der politischen und der wirtschaftspolitischen Entwicklungen.“

Schmidts Analyse war klar und folgerichtig: Die bundesdeutsche Volkswirtschaft sah schweren Zeiten entgegen, von wissenschaftlich geleiteter Steuerbarkeit der Wirtschaft konnte keine Rede mehr sein. Die neuen Krisen waren *weltwirtschaftliche* Krisen, ihnen war nur durch die enge Kooperation der führenden westlichen Industriestaaten entgegenzutreten. Eine rein nationalwirtschaftlich orientierte Krisenbewältigungsstrategie war anachronistisch. Damit war aber auch der kurze Traum vom nationalwirtschaftlich herbeizuführenden Ende der kapitalistischen Krisen ausgeträumt und mit ihm die Vorstellung eines immerwährenden Aufschwungs und entsprechender Verteilungsmöglichkeiten.

Schmidts erste Regierungserklärung vom Mai 1974 machte schon in der Diktion das Ende der Ära Brandt und den neuen Kurs deutlich: Realismus, Nüchternheit, Stabilität, Sicherheit – das waren die neuen Leitbegriffe. Gegen alle Versuche der SPD-Linken, durch „strukturverändernde Politik“ die „Grenzen der Belastbarkeit“ der kapitalistischen Wirtschaft auszutesten, setzte Schmidt ein Bekenntnis zu Marktwirtschaft und Investitionsförderung. Zwar kündigte er die Fortsetzung

der Reformpolitik an, aber unter dem Vorbehalt ihrer Finanzierbarkeit. Und auch in seiner zweiten Regierungserklärung von 1976 entwarf Schmidt keinen Masterplan, nicht einmal eine klare, selbst gesetzte Zielrichtung der Politikgestaltung war erkennbar. Die Themen wurden vielmehr von außen vorgegeben: die Krise des Währungssystems und der Weltwirtschaft sowie die Veränderungen in der internationalen Politik. Die Kunst der Politik bestand nun nicht mehr darin, seit Jahrzehnten verfolgte Ziele mit visionärem Schwung zu erreichen, sondern auf unvorhergesehene und neue Herausforderungen kurzfristig und angemessen zu reagieren. Mit allein nationaler Wirtschaftspolitik, so Schmidts Mantra, war keine Industrienation mehr in der Lage, auf die gewaltigen Kräfte der Weltwirtschaft steuernd einzuwirken. Um mit diesen Herausforderungen fertig zu werden, müssten die Regierungen des Westens ihre Konsultationen und Kooperationen intensivieren, und zwar sowohl auf globaler Ebene wie im europäischen Rahmen.

Die Europäische Gemeinschaft jedoch hatte während der sechziger Jahre an Dynamik deutlich verloren. Allerdings war schon 1970 ein weitreichender Plan für die Verwirklichung einer Wirtschafts- und Währungsunion erarbeitet worden. Dieser „Werner-Plan“ genannte Entwurf hatte auf die sich auftürmenden Währungsprobleme früh reagiert und Vorschläge entwickelt, welche die zehn Jahre später gefassten Beschlüsse der Harmonisierung der Währungs- und Wirtschaftspolitik bereits weitgehend vorwegnahmen. Noch aber waren die meisten EG-Länder nicht bereit, nationale Souveränitätsrechte im Bereich der Währung abzugeben, und so wurde der Plan vorerst ad acta gelegt. Nach der Ölpreiskrise von 1973 kam erneut Bewegung in die Sache. Die ersten Versuche einer abgestimmten Währungspolitik („Floating“, „Währungsschlange“) erwiesen sich aber aufgrund der differierenden nationalen Interessen als nicht erfolgreich. Daraufhin ergriffen Schmidt und neue französische Staatspräsident Giscard d’Estaing, die zunehmend eng kooperierten, die Initiative. In einem für Schmidt nicht ganz untypischen Verfahren – an den von ihm einigermaßen verachteten Brüsseler Beamten und am eigenen Kabinett vorbei – ersannen sie in einem Kraftakt am langen Esstisch in Schmidts Haus in Hamburg Langenhorn das „Europäische Währungssystem“ (EWS). Es bestand vor allem darin, dass zwischen den europäischen Währungen feste Wechselkurse mit geringen Schwankungsbreiten festgelegt wurden. Das erwies sich insgesamt als wirksam, um die Währungsturbulenzen zu begrenzen. Zugleich führte die Gemeinschaft mit der fiktiven Währung ECU eine gemeinsame Rechnungseinheit ein, die sich aus der Wirtschaftskraft ihrer Mitgliedsländer errechnete. Das war zunächst nicht mehr als ein Buchhaltungsinstrument, aber von Beginn an deutete sich hier die Perspektive einer gemeinsamen Währung an. Angesichts der wirtschaftlichen und politischen Probleme der EG in diesen Jahren war das von Schmidt und Giscard entwickelte Projekt ein kühner, aber zweifellos zukunftssträchtiger Weg.

Schmidts vorrangiger Adressat war allerdings nicht die EG. Sie erlebte ihren unerwartet dynamischen Aufschwung erst in den 1980er Jahren; und auch erst dann, so scheint es, entwickelte sich Schmidt zu einem wirklich glühenden Europäer. Seine Perspektive war seit Beginn seiner Kanzlerschaft vielmehr die Institutionalisierung von Kommunikation und Koordination der Wirtschaftspolitik der führenden Industrieländer der Welt, nicht nur Europas. Dabei müsse es darum gehen, die Ziele und Wünsche der einzelnen Länder auszugleichen, zugleich aber jenseits von Einzelinteressen sachgerechte Lösungen zu finden, wie er im Juni 1975 seinen engsten Mitarbeitern erläuterte:

„Um objektive, sachgerechte Lösungen zu finden, müsse man sich vorstellen, eine ‚Weltwirtschaftsregierung‘ zu sein, die ihre wirtschaftspolitischen Entscheidungen von einem Standpunkt außerhalb der deutschen Interessen treffe und sich die Fragen stell: Woran krankt das System? Was denken die Beteiligten darüber? Stimmt das? Welche Therapie ist angezeigt?“

In der Konsequenz setzte er sich zusammen mit Giscard mit ebenso viel Geschick wie Nachdruck für eine regelmäßige Zusammenkunft der Staats- und Regierungschefs der sechs führenden westlichen Industrienationen ein, die dann zu dem ersten Treffen in Rambouillet bei Paris im November 1975 führte, bei dem in wirtschaftlicher Hinsicht vor allem die Währungsprobleme verhandelt wurden. Hier wurde schließlich ein Kompromiss gefunden, der jedoch die Probleme eher benannte als löste. Denn anders als zunächst von Frankreich gefordert, vereinbarten die Regierungschefs keine Rückkehr zu einem festen Währungssystem, sondern entschieden sich für freie Wechselkurse, allerdings verbunden mit der Aufforderung zu strengerer Disziplin in der Haushalts- und Geldpolitik der einzelnen Staaten. Damit setzten die Regierungschefs auch langfristig eher auf freie Märkte und freie Wirtschaft als auf gouvernementale Eingriffe, und die Gefahr der nationalen Abschottung war fürs Erste gebannt.

Das Problem des schwachen Dollars und der lahmenden Wirtschaft in den meisten westlichen Industriestaaten wurde damit jedoch nicht gelöst. Als sich die Weltwirtschaft seit 1978 erneut eintrübte, forderten insbesondere die USA unter dem von Schmidt wenig geschätzten (wohl aber auch unterschätzten) Jimmy Carter von den Staaten mit positiver Handelsbilanz – Japan und der Bundesrepublik –, mit einigem Nachdruck, ihre heimische Wirtschaft mithilfe staatlicher Konjunkturprogramme stärker anzuheizen, um so die Konjunktur der anderen Länder als „Lokomotive der Weltwirtschaft“ mitzuziehen. Eine steigende Inflation, so die Überzeugung in den angelsächsischen Staaten, war dabei in gewissem Umfang durchaus hinnehmbar.

Schmidt lehnte solche Maßnahmen hingegen ab, schon wegen der deutschen Erfahrungen mit Inflationen in den vorangegangenen Jahrzehnten. „Inflation ist nicht ein Mittel gegen Arbeitslosigkeit, sondern eine ihrer wichtigsten Ursachen“, hob auch der deutsche Bundesbankpräsident Pöhl hervor. In seiner Ablehnung

der angelsächsischen Vorschläge stieß der Bundeskanzler auch in der deutschen Öffentlichkeit durchaus auf Zustimmung. Schmidt wehre sich zu Recht, hob etwa die Süddeutsche Zeitung hervor, „gegen die trotz ihrer Unsinnigkeit offenbar unausrottbare Vorstellung, die Bundesrepublik brauche nur etwas monetären Dampf, sprich mehr Inflation, zu machen, und schon sei die Weltwirtschaft wieder auf den Beinen.“ Der Druck auf die Bundesregierung erwies sich jedoch bald als zu stark, und Schmidt wurde bei dem Gipfeltreffen in Bonn im Sommer 1978 vor allem von der US-amerikanischen Regierung genötigt, ein großes Konjunkturprogramm aufzulegen – eine Maßnahme, die der anti-inflationistischen Sparpolitik seiner Regierung deutlich widersprach (allerdings den Wünschen der deutschen Gewerkschaften und der SPD nach Konjunkturförderung und Arbeitsbeschaffung durchaus entgegenkam). Der wirtschaftliche Effekt dieser ziemlich teuren Maßnahmen war jedoch wie von ihm erwartet außerordentlich gering, ja nachgerade kontraproduktiv, weil sich das deutsche Haushaltsdefizit weiter vergrößerte, eine positive Wirkung für die Weltwirtschaftskonjunktur jedoch ausblieb.

Im Gegenzug hatte Schmidt von den übrigen Industriestaaten deutliche Anstrengungen verlangt, um der Instabilität der Weltwirtschaft zu begegnen: Bekämpfung der Inflation sowie Ausgleich der Defizite in den Staatshaushalten und den Handelsbilanzen waren die wichtigsten Forderungen. Das richtete sich vor allem an die USA, deren Zahlungsbilanz innerhalb von fünf Jahren von minus fünf auf minus 45 Milliarden Dollar angewachsen war. Zu einem erheblichen Teil war das auf den enormen Anstieg der amerikanischen Ölimporte aus den OPEC-Staaten zurückzuführen. Da die USA aber Anreize zur Senkung des Energieverbrauchs ablehnten und weder gegen das Haushaltsdefizit noch gegen die Inflation nachhaltig vorgingen, blieb die Lage prekär: Der Verfall des US-Dollars beschleunigte sich, die Inflationsraten blieben hoch, und die hohen Handelsbilanzdefizite der USA machten keine Hoffnung auf baldige Besserung.

So waren die veränderten Ausgangsbedingungen nationaler Wirtschaftspolitik unübersehbar. Die Turbulenzen im Energiebereich, die Ausbreitung der freien, zunehmend international verflochtenen Kapitalmärkte und der wachsende Anteil börsennotierter Aktien-Gesellschaften zeigten aber auch die engen Grenzen jedes Versuchs der politischen Steuerung der Weltwirtschaft, und niemandem war das klarer bewusst als Schmidt selbst. Austausch von Information und Abgleich der jeweiligen nationalen Interessen der führenden westlichen Wirtschaftsmächte waren zwingend erforderlich und gewiss ein großer Fortschritt. Lösungen waren damit aber noch nicht erreicht, zum einen wegen der divergierenden Interessen, zum anderen, weil sich der Einfluss der Regierungen auf die weltwirtschaftliche Entwicklung als eng begrenzt erwiesen. Mit der zunehmenden Dynamik der Finanzmärkte, die von nationalen wie internationalen Reglementierungen sukzessive befreit wurden, waren neue Player ins Spiel gekommen, die auch die Vorstellung von einer vernünftig und objektiv agierenden „Weltwirtschaftsregierung“ als Illusion entlarvten.

Für die Bundesrepublik war dies in doppelter Hinsicht von Bedeutung. Einerseits wurde sie als wirtschaftlich drittstärkstes Land der Welt immer stärker in weltwirtschaftliche Verantwortung hineingezogen, und Helmut Schmidt genoss in diesen Jahren den Ruf eines „Weltökonomens“. Zum anderen wurde die heimische Wirtschaft von global wirksamen Kräften beeinflusst, welche die Regierung nicht oder nur am Rande zu steuern imstande waren. Gleichwohl wurde sie aber politisch für die Entwicklung der Konjunktur verantwortlich gemacht. Das erwies sich als Dilemma.

Als Ende 1978 nach der iranischen Revolution die Ölpreise erneut rapide anstiegen, offenbarte sich, dass die bisherigen Sicherungsmaßnahmen der westlichen Industriestaaten in der Tat unzureichend waren. Die Ungleichgewichte in den Leistungsbilanzen der Industrieländer und das Scheitern einer wirksamen internationalen Koordination der Finanz- und Wirtschaftspolitik verhinderten eine wirksame Gegenstrategie. In den Industrieländern, die ja zum überwiegenden Teil noch an den Nachwirkungen des ersten Ölpreisschocks von 1973 litten, kam es daraufhin seit dem Sommer 1980 zu dem bis dahin schwersten Einbruch der Weltwirtschaft seit 1929. Rückgang der Wachstumszahlen, hohe Inflationsraten, defizitäre Haushaltsbilanzen, steigende Staatsschulden und rückläufige Sozialausgaben waren die Folgen. Im Gefolge von Ölpreis- und Weltwirtschaftskrise waren nun auch zahlreiche Entwicklungs- und Schwellenländer nicht mehr in der Lage, ihre rasant gestiegenen Energiekosten zu begleichen und ihre Kredite zu bedienen. Das wiederum zog eine Bankenkrise nach sich, die mehrere europäische und amerikanische Geldinstitute ins Schwanken brachte und die Rezession in den Industrieländern erneut verstärkte. So war die bislang verfolgte Wirtschaftspolitik der westlichen Industrieländer sowohl national wie international ersichtlich am Ende ihrer Möglichkeiten angelangt.

III. Strukturkrise

Allerdings waren die wirtschaftlichen Probleme der Industrieländer nicht allein auf weltwirtschaftliche Faktoren zurückzuführen, sondern hatten auch mit der Struktur ihrer Nationalökonomien selbst zu tun. In Großbritannien etwa war durch die Überalterung der industriellen Produktionsanlagen und der Infrastruktur die Wettbewerbsfähigkeit der britischen Wirtschaft stetig schlechter geworden. Bereits in der Mitte der sechziger Jahre hatte auf der Insel ein Deindustrialisierungsprozess eingesetzt: Kohlezechen wurden geschlossen, die Werftindustrie war im Niedergang, die Eisen- und Stahlindustrie lag danieder, und die Textilindustrie löste sich nahezu auf. Die Staatsquote lag mit etwa 50 Prozent enorm hoch, und da die meisten Staatsunternehmen unwirtschaftlich arbeiteten, musste ein wachsender Anteil der Steuern zur Unterstützung maroder Betriebe verwendet werden. Mit der Explosion der Ölpreise verschärfte sich diese ohnehin schwierige Lage in Großbritannien, und so wurden die siebziger Jahre hier zu einer Dekade der

Dauerkrise. Im Winter 1978/79 erreichte sie ihren Höhepunkt, als fast alle Gewerkschaften zu Streiks aufriefen, um Lohnerhöhungen bis zu 80 Prozent zu erreichen (bei Preiserhöhungen gleicher Größenordnung). Das Land lag still. Schulen wurden geschlossen, der Abfall häufte sich auf den Straßen, die Zahl der Arbeitslosen stieg auf 1,6 Millionen. Die Regierung war gelähmt, das industrielle System schien am Ende.

Das war ein Menetekel, aber im Vergleich dazu war die Situation in der Bundesrepublik ja stabiler. Von 1976 bis 1979 war die Wirtschaft um durchschnittlich fast vier Prozent gewachsen, 1976 wurde mit 5,5 Prozent sogar ein besonders guter Wert erreicht. So verbreitete sich die Überzeugung, dass die Ölpreiskrise die westdeutsche Wirtschaft nur vorübergehend gebremst hatte und sich die Aufwärtsentwicklung wie zwischen 1968 und 1972 nun weiter fortsetzte – kein Gedanke an britische Verhältnisse. So übersah man leicht die Hinweise darauf, dass man es eben nicht mit einer üblichen zyklischen Konjunkturabschwächung zu tun hatte, sondern mit anderen, neuen Problemen. Trotz guter Wachstumswahlen ging die Zahl der Arbeitslosen nämlich erstmals nicht zurück – sie verdoppelte sich (auf mehr als eine Million). Und auch in den Wachstumsjahren waren die Inflationsraten gegen alle ökonomischen Lehren nicht rückläufig, sondern verblieben bei sechs bis sieben Prozent. Die Gleichzeitigkeit von Stagnation und Inflation („Stagflation“) war für die Wirtschaftspolitik etwas Neues – keines der Rezepte der Schillerschen „Globalsteuerung“ passte auf eine solche Situation, und auch mit weltwirtschaftlichen Turbulenzen war diese Entwicklung allein nicht befriedigend zu erklären.

Es war vor allem eine Krise der Industrie, insbesondere der Schwerindustrie. Allein in den drei Jahren zwischen 1973 und 1976 ging die Zahl der Beschäftigten in der westdeutschen Industrie um 1,4 Millionen zurück, während der tertiäre Sektor, vor allem Banken, Versicherungen und öffentlicher Dienst, nur um etwa eine halbe Million Beschäftigte wuchs. Nicht nur die seit langem kriselnden Branchen wie Bergbau und Textilindustrie, sondern Eisen- und Stahlindustrie, Maschinenbau, Werften und Automobilbau, traditionell besonders starke Bereiche der deutschen Wirtschaft, waren betroffen.

Die Ursachen dafür waren unschwer zu erkennen: Erstens war der Nachholbedarf der beiden Nachkriegsjahrzehnte nun gestillt. Zweitens waren mit Japan und vor allem den asiatischen Schwellenländern neue Konkurrenten auf dem Weltmarkt aufgetaucht, die aufgrund ihrer Lohnstruktur industrielle Massengüter billiger produzieren konnten als die deutschen Anbieter. Die Produktionsbedingungen für industrielle Massenfertigung mit ungelernten Arbeitskräften und vergleichsweise hohen Löhnen und Sozialabgaben waren in der Bundesrepublik demgegenüber viel ungünstiger. Drittens war die westdeutsche Wirtschaft mit ihrem im internationalen Vergleich sehr hohen Industrieanteil an den Beschäftigten (1980 waren noch 44 Prozent im sekundären Sektor tätig) bei krisenhaften Entwicklungen dieser Art besonders verletzlich war, weil der Dienstleistungsbereich

zwar wuchs, aber zu klein war, um die in der Industrie freigestellten Arbeitskräfte aufnehmen zu können.

Die Unternehmen reagierten auf diese Entwicklung zum einen mit Einsparungen, Kostenreduzierung, Rationalisierung und Entlassungen, zum anderen mit der Umstellung auf technisch höherwertige Produkte. Das hatte einschneidende Auswirkungen für die Beschäftigten. Die Zahl der Arbeiterinnen und Arbeiter in der Bundesrepublik verringerte sich zwischen 1973 und 1982 um fast drei Millionen. Diese Entwicklung war in der Stahlindustrie besonders anschaulich zu verfolgen: Seit der Jahrhundertwende hatten sich Technologie und Arbeitsorganisation dort kaum verändert. Die Belegschaften bestanden zu mehr als zwei Dritteln aus angelernten Stahlarbeitern. Erst durch technologische Neuerungen in den 1960er Jahren gab es hier Veränderungen. Verfahren mit besonders hohem Anteil an schwerer körperlicher Arbeit wurden nun durch modernere Methoden der Stahlproduktion mit hohem Automatisierungsanteil ersetzt, bei denen angelernte Schwerstarbeiter nur noch in deutlich geringerer Zahl benötigt wurden. Nicht mehr der „Malocher“ prägte das Bild, sondern der Hüttenfacharbeiter oder der Verfahrensmechaniker, der eine dreijährige Lehrzeit durchlaufen und über vielfältige technische Kenntnisse verfügen musste. Angelernte Arbeiter hingegen wurden nun vorrangig entlassen und mithilfe von „Sozialplänen“ und „Frühverrentung“ abgefunden.

Der Anteil der un- und angelernten Arbeitskräfte an allen Beschäftigten insgesamt sank zwischen 1970 und 1989 von 41 auf 23 Prozent. Im Jahre 1981 waren mehr als die Hälfte aller Arbeitslosen ungelernete Arbeiter, aber nur geringer Teil der offenen Stellen war für sie geeignet.

Der Prozess ergriff nach und nach alle westlichen Industrieländer – und auch die des Ostens. Strukturwandel – das bedeutete vor allem den Niedergang der industriellen Massenfertigung und damit den Anfang vom Ende der klassischen Industriegesellschaft, wie sie sich vor der Jahrhundertwende herausgebildet hatte und auf deren Ordnung und Ausgestaltung sich die politischen Auseinandersetzungen in den etwa acht Jahrzehnten seither in allen Industrieländern konzentriert hatten. Ob in den englischen Midlands, in Nordfrankreich, in Südbelgien, im Ruhrgebiet oder im Saarland – überall sah man nun verlassene Fabriken, Industriebrachen und verödete Innenstädte. Kommunen gerieten in akute Finanznöte, in den Arbeitervierteln in der Nähe stillgelegter Anlagen lebten bald überwiegend Arbeitslose und Frührentner. Einige Städte verloren in kaum mehr als zehn Jahren mehr als ein Drittel ihrer Einwohner und blieben, in Westeuropa und in Großbritannien ebenso wie in den USA, für Jahrzehnte Residuen des Verfalls.

Damit aber geriet auch das sozialdemokratische Modell in den westeuropäischen Ländern ins Wanken. Sein feindlicher Bruder, das staatssozialistische System der Ostblockländer, wurde durch die Strukturkrise noch viel stärker in Mitleidenschaft gezogen und hielt sich wirtschaftlich nur noch ein paar Jahre mühsam über Wasser. Der Niedergang der Schwerindustrie und des industriellen Mas-

senarbeiters als der beherrschenden Sozialfigur der Epoche entzog ihnen Grundlage und Perspektive gleichermaßen.

Welche Möglichkeiten gab es, dem entgegenzusteuern? Bundeskanzler Schmidt sah sich von zwei Seiten bedrängt: Als wirksame Maßnahmen gegen die Strukturkrise forderten die Gewerkschaften und mit ihnen der Arbeitnehmer-Flügel sowie die Linke in der SPD die Erhöhung der staatlichen Subventionen für die krisenhafte Schwerindustrie zur Sicherung der Arbeitsplätze und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch Arbeitszeitverkürzung - mit der Begründung, dass auf diese Weise die vorhandene Arbeit auf mehr Personen verteilt werden würde. Allerdings war damit das Hauptproblem der Montanindustrie – mangelnde internationale Wettbewerbsfähigkeit wegen zu niedriger Produktivität – nicht lösbar, denn durch Arbeitszeitverkürzung wurden keine Produktivitätsgewinne erzielt. Grundlage solcher Vorschläge war indes die Überzeugung, dass es sich hierbei um nichts Anderes handle als um eine weitere zyklische Krise des Kapitalismus, die mit den bewährten Methoden der 1960er Jahre erfolgreich überwunden werden konnte: staatliche Interventionen, antizyklische Investitionen durch Ausdehnung der Verschuldung, Verstärkung der Nachfrageseite durch Anhebung der Einkommen, Erweiterung der sozialpolitischen Kompensationsmaßnahmen. Nun zeigte schon ein Blick auf das Fiasko der britischen Wirtschaft in den 1970er Jahren, wohin eine solche Politik führte. Schmidt hatte dieses Fiasko früh vorausgesehen und es hatte ihn darin bestätigt, dass eine Stützung maroder Strukturen um jeden Preis fatale Auswirkungen mit sich brachte. Und ebenso kritisierte er auch die Politik des US-Präsidenten Ronald Reagan, mithilfe einer gigantischen Ausdehnung des Rüstungsetats die Konjunktur in Gang zu bringen, mit aller Schärfe. Dadurch würden die Staatsverschuldung weiter hoch getrieben, die Inflationsgefahren verstärkt und die Weltwirtschaft in enorme Turbulenzen gebracht. „Konjunkturprogramme“, erklärte er apodiktisch im Bundestag im April 1981, „sind kein brauchbares Rezept. Das gilt übrigens für Osteuropa genau so, wie wir es gemeinsam für die Europäische Gemeinschaft festgestellt haben und wie es damit auch für uns gilt.“

Von der anderen Seite wurde Schmidt bedrängt, Unternehmens- und Einkommenssteuern zu senken, die Staatsverschuldung abzubauen, für niedrigere Zinsen zu sorgen und die Sozialleistungen zu reduzieren – so würden die Investitionstätigkeit befördert und Wachstum generiert. Schon seit der ersten Ölpreiskrise waren diese Forderungen laut geworden, eine Mehrheit der westdeutschen Wirtschaftswissenschaftler war ins Lager der Angebotsökonomie gewechselt. In Großbritannien hatte Margaret Thatcher 1979 mit einer radikalen Variante dieses Konzepts bereits begonnen: Privatisierung oder Schließung von Staatsunternehmen, radikaler Abbau der schwerindustriellen Kapazitäten, Reduzierung der sozialpolitischen Leistungen, Kampf gegen die Macht der Gewerkschaften, Flexi-

bilisierung der Arbeitsmarktgesetze und umfassende Deregulierung insbesondere des Arbeitsmarktes. Dass Schmidt einer solchen Strategie nichts abzugewinnen vermochte, war nicht überraschend. Und er machte auch kein Hehl aus seiner Ablehnung, ja Verachtung einer solchen Politik des sozialpolitischen Kahlchlags.

Schmidt hielt weder vom einen etwas noch vom anderen. Er suchte nach Mitteln. Einerseits sollte in nicht mehr wettbewerbsfähigen Bereichen der Abbau von Kapazitäten gefördert werden. Andererseits sollten aber auch in nicht mehr produktiven Wirtschaftszweigen Arbeitsplätze mit Steuermitteln gesichert werden. Das war ein Widerspruch in sich - aber die Alternative, ein Ansteigen der Arbeitslosigkeit in den Montanregionen auf dreißig oder mehr Prozent zuzulassen, war politisch völlig undenkbar. Wie viel Kapazitätsabbau aber war sozialpolitisch noch vertretbar? Und wie viel Arbeitsplatzsubventionierung ordnungspolitisch noch zu rechtfertigen? Hier offenbarte sich eine Problematik, die von nun an in allen Industrieländern auf der Tagesordnung stand, und zwar auf lange Zeit. Subventionen in solche maroden Wirtschaftsbereiche, so Schmidt, dienten vor allem dem Ziel, den Strukturwandel zeitlich zu strecken, um so die sozialen Auswirkungen abzumildern und in den betroffenen Regionen Zeit für Umstrukturierung und die Schaffung neuer Arbeitsplätze zu gewinnen. Das aber erforderte eben Zeit – und die hatte man nicht mehr.

Denn nun verstärkten sich Strukturkrise und Weltwirtschaftskrise wechselseitig, und die Regierung geriet unter akuten Handlungsdruck. Das Wirtschaftswachstum, das 1980 noch bei 1,9 Prozent gelegen hatte, sank 1981 auf minus 0,2, im darauf folgenden Jahr auf minus 1,1 Prozent. Die Arbeitslosenquote, die ja in den vorherigen Jahren trotz Wirtschaftswachstums nicht zurückgegangen war, erreichte nun Rekordhöhen: Mehr als neun Prozent, zwei Millionen Menschen, waren erwerbslos; die Teuerungsraten verblieben dennoch auf hohem Niveau (1981 bei 6,1 Prozent), sodass die meisten Beschäftigten in diesen Jahren deutliche Reallohnverluste hinnehmen mussten. Die Steuereinnahmen sanken drastisch, entsprechend stieg die Verschuldung.

IV. Kanzlerdämmerung

Bereits seit dem Regierungsantritt Schmidts 1974 war die weitere Ausdehnung der sozialpolitischen Leistungen gestoppt worden. Nach der Bundestagswahl 1980 setzte Schmidt deutliche Einschnitte im Haushalt durch. Zur Konsolidierung des Haushalts war das angesichts sinkender Steuereinnahmen unumgänglich, zugleich aber wurde dadurch unvermeidlich auch die Nachfrage geschwächt und der konjunkturelle Abschwung noch verstärkt. Durch die Verschärfung der Krise waren nun weitere Einsparungen notwendig. Damit stellte sich die Frage, ob nun

der Zeitpunkt gekommen war, an dem auch Reduzierungen im Sozialhaushalt vorzunehmen waren.

In der FDP gab es seit der Bundestagswahl 1980 eine wachsende Mehrheit für einen Richtungswechsel, der auch eine Senkung von Sozialleistungen nicht ausschloss – eine Kampfansage an Gewerkschaften und Arbeitnehmerflügel der SPD. Um eine Konsolidierung des Bundeshaushalts zu erreichen, sollten Kürzungen beim Arbeitslosengeld, bei der Wohnungsförderung, der Krankenversicherung und der Wohnungspolitik vorgenommen werden.

Für die SPD hingegen war dies eine politische Existenzfrage. Gab die Regierung dem Drängen der Gewerkschaften nach, würde sie die Kombination aus Struktur- und Weltwirtschaftskrise nicht meistern können, davon waren Schmidt und sein Finanzminister Matthöfer überzeugt. Würde die Regierung dem Vorschlag der FDP folgen und die Haushaltskonsolidierung auch mit spürbaren Kürzungen bei den Sozialleistungen durchsetzen, lief sie Gefahr, ihre wichtigste Wählergruppe, die Arbeiterschaft, zu verlieren.

Beim Bundesparteitag der SPD im Frühjahr 1982 trat dieses Dilemma deutlich zutage. Zwar stellte sich die Partei in der Rüstungspolitik mehrheitlich hinter die Doppelbeschluss-Strategie Schmidts, in der Wirtschafts- und Sozialpolitik aber bekräftigte die Mehrheit den traditionellen Kurs der Staatsintervention: staatliche Beschäftigungs- und Investitionsprogramme, Subventionierung der Krisenindustrien, kein Abbau der Sozialleistungen. Mit Schmidts Regierungsprogramm von 1980 ließ sich das nicht vereinbaren.

Als die Koalitionsparteien im Verlaufe des Jahres 1982 auch noch mehrere Landtagswahlen verloren, war der Zerfall der Regierung nicht mehr aufzuhalten. Er wurde besiegelt durch jenes Papier, in welchem der liberale Wirtschaftsminister Graf Lambsdorff auf Bitten Schmidts seine wirtschaftspolitischen Vorstellungen im September 1982 zusammenfasste und das sogleich veröffentlicht wurde. Lambsdorffs Analyse sah zwar ebenso wie Schmidt auch die internationalen Ursachen für die lang anhaltende Konjunkturschwäche, benannte aber vor allem den Rückgang der Investitionen und den Anstieg der Staatsquote als zentrale binnenwirtschaftliche Verursacher der Krise. Seine Folgerungen: Konsolidierung des Haushalts, stärker marktwirtschaftliche Orientierung staatlicher Wirtschaftspolitik und „Anpassung der sozialen Sicherungssysteme an die veränderten Wachstumsmöglichkeiten“. Im Einzelnen bedeutete dies einen ganzen Katalog der Leistungseinschnitte: Kürzungen bei den Sozialleistungen – etwa beim Arbeitslosengeld, beim Urlaubsgeld, bei den Renten, der Krankenversicherung, der Sozialhilfe –, Reduzierung der Lohnerhöhungen, Liberalisierung des Mietrechts, Anhebung der Mehrwertsteuer.

Das Papier erregte enormes Aufsehen und galt sogleich als „Scheidungsurkunde“ der sozialliberalen Koalition. Es bot die Grundlage für jene Kampagne, in der die FDP und namentlich Genscher in der SPD-nahen Presse als Verräter an der gemeinsamen Sache gebrandmarkt wurden. Hatten die Freidemokraten bei der

1980er Wahl nicht noch damit geworben, wer Schmidt wolle, müsse FDP wählen? So wurde aus der Unsicherheit über den Umgang mit den Auswirkungen einer in Ausmaß und Struktur bis dahin unbekanntem Wirtschaftskrise ein Bubensstück von Treulosigkeit und Verrat.

Intern aber lag die Sache doch etwas anders. Helmut Schmidt hatte seinen Vertrauten Manfred Lahnstein, seit 1982 als Nachfolger Hans Matthöfers Finanzminister in seinem Kabinett, gebeten, zu dem Lambsdorff-Papier Stellung zu nehmen. Lahnsteins Antwort machte deutlich, dass sich Lambsdorffs Konzept in der Sache nicht grundlegend von Überlegungen unterschied, wie sie auch im sozialdemokratisch geführten Finanzministerium seit Längerem verfolgt wurden. „Der Wirtschaftsminister hat Recht“, so Lahnstein, „wenn er auf eine stärkere Beachtung der ökonomischen Prinzipien des Wettbewerbs, möglichst wirtschaftliche Preisbildung und Allokationen (auch bei der Preisbildung für Arbeit), mehr Anpassungsflexibilität, dauerhafte Anreize für unternehmerisches Handeln und Investitionen, Abbremsen der Sozialabgabenlasten drängt.“ Flexiblere Löhne und Arbeitszeiten, Korrekturen der Sozialversicherungssysteme, mehr Eigenverantwortlichkeit im Gesundheitswesen und Veränderungen bei der Arbeitslosenversicherung wurden auch in diesem Papier vorgeschlagen.

Das entsprach im Wesentlichen auch Schmidts Position, wonach angesichts der Haushaltssituation und der wirtschaftlichen Probleme verstärkte Investitionsanreize ebenso unumgänglich waren wie scharfe Ausgabenkürzungen des Bundes. Einen sozialpolitischen Rückbau lehnte er ab. Aber angesichts einer nicht konjunkturell, sondern strukturell verursachten Massenarbeitslosigkeit waren auch sozialpolitische Veränderungen, die hier Abhilfe schufen, nicht ausgeschlossen, ohne dass dazu bereits konkrete Pläne vorgelegen hätten.

In der politischen Arena aber war die Orientierung der FDP an einer angebotsorientierten, Wirtschaftspolitik und die Ausrichtung des Gewerkschaftsflügels der SPD auf die keynesianische Nachfragesteuerung, auf staatliche Investitionslenkung und Wirtschaftskontrolle miteinander nicht vereinbar. So markierte das Lambsdorff-Papier bei den wirtschafts- und sozialpolitischen Zielsetzungen tatsächlich das Ende der Gemeinsamkeiten beider Koalitionspartner. Die Probleme waren damit aber nicht gelöst.

V. Fazit

Die Historiker sehen heute nahezu einmütig die 1970er Jahre als Zeitenwende, als Übergang von der Phase der klassischen Industriegesellschaft in die Zeit danach, die nicht mehr durch Schwerindustrie und ungelernete Massenarbeiter gekennzeichnet war, sondern in zunehmendem Maße durch höher qualifizierte Erwerbstätigkeit, durch die Ausdehnung des tertiären Sektors, durch lange Ausbildungsphasen und sinkende Bindung an soziale Herkunftsmilieus. Gekennzeichnet auch durch den Einflussverlust nationaler Regierungen zumal in der Wirt-

schaftspolitik, durch internationale Verflechtung und Kooperation, durch supranationale Institutionen und Unternehmen und eben das, was man nun allmählich „Globalisierung“ zu nennen begann. Wie darauf von Seiten der Politik angemessen zu reagieren war, blieb in den folgenden Jahren und Jahrzehnten unklar und umstritten. Eine tiefgreifende Veränderung des westdeutschen Sozialmodells, die auf diese Wandlungsprozesse reagierte, war unverkennbar mit dem Risiko der Abwahl durch die Wähler verbunden und blieb deshalb auch unter Schmidts Nachfolger aus, der deswegen 1988 von seinen eigenen Leuten um ein Haar gestürzt worden wäre. Erst 20 Jahre nach Schmidts Abgang und unter dem Eindruck von mittlerweile mehr als fünf Millionen Arbeitslosen wagte eine sozialdemokratisch geführte Regierung diesen Wurf und wurde vom Wähler prompt und nachhaltig bestraft. Zwar sank nun die Arbeitslosigkeit tatsächlich, und nach Überwindung der einigungs- und der Finanzkrise stabilisierten sich die Wachstumswahlen, aber in der Folge stagnierten Reallöhne über viele Jahre hinweg, nur noch 50 Prozent der Erwerbstätigen haben sozialversicherte Vollzeitstellen inne, und Deutschland prunkt mit den höchsten Niedriglohnquoten in Europa. Die Probleme, um die Schmidt und Lambsdorff rangen, sind im Grundsatz auch die heutigen, und sie unterscheiden sich sehr deutlich von jenen der 1960er Jahre, als man mit Globalsteuerung, mittelfristiger Finanzplanung den kapitalistischen Krisen das Ende bereitet zu haben glaubte.

Es war also eine besondere historische Phase, in die Schmidts Kanzlerschaft fiel. Sie liegt wie ein Andreasgraben in der jüngeren Geschichte, gekennzeichnet vom Zusammenprall zweier tektonischer Platten: der klassischen Industriegesellschaft, wie sie sich am Ende des 19. Jahrhunderts herausgebildet hatte, und der Phase, in die auch unsere Gegenwart fällt, die man vielleicht einmal die Zeit der Globalisierung nennen wird. In dieser Zeitenwende der 1970er Jahre war Helmut Schmidt ohne Zweifel die herausragende Figur, und das nicht nur bezogen auf Deutschland und nicht nur auf die Wirtschaftspolitik – aber eben vor allem dort. Sein massives und erfolgreiches Insistieren auf eine Globalisierung der *Politik*, noch bevor dieser Begriff en vogue war, aber auch seine Abkehr von einer Politik der Wunscherfüllung, von der Illusion des Sieges über die kapitalistischen Krisen mithilfe wissenschaftlicher Instrumente haben in diesem Land und weit darüber hinaus durchaus segensreich gewirkt. Und auch dass er sich von allen Versuchungen marktradikaler Arroganz fernhielt, auch gegenüber jenen, die unter dem zu leiden hatten, was man leicht vernebelnd „Strukturwandel“ nannte und was doch in Wahrheit den Beginn der Neukonstruktion einer ganzen Volkswirtschaft bedeutete, ist Schmidt hoch anzurechnen.

Das Ende der Industriegesellschaft, wie wir sie kannten, konnte er nicht aufhalten und auch seine Folgen nicht eindämmen. Dass die Menschen ihn quer zu den Lagern dennoch so hoch schätzten – und je länger er aus dem Amte war, umso

mehr – hängt wohl also nicht allein damit zusammen, dass er Erfolg hatte. Der war in einer solchen politischen und wirtschaftlichen Umbruchsphase nicht im Übermaß zu erwarten. Sondern dass er klar, präzise und bestimmt auftrat, die Probleme benannte und die Welt nicht schönredete: Das schuf Vertrauen. In einer historischen Situation wie den 1970er Jahren, in der wir heute die tektonischen Verschiebungen jener Jahre genauer erkennen können als die Zeitgenossen, bedurfte es einer solchen nüchternen, selbstbewussten, kompetenten, ja charismatischen Führungsfigur, wie Helmut Schmidt sie zweifellos war, -- und bedarf es womöglich auch heute.